

auf begriffsgeschichtlichem Gebiet, frei von nationaler Voreingenommenheit, konnte ihn davor bewahren, den *big national narratives* zu verfallen.

Budapest – Szeged

Ágnes Deák

Dirk Mellies: Modernisierung in der Provinz? Der Regierungsbezirk Stettin im 19. Jahrhundert. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 201.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2012. 380 S., graph. Darst. ISBN 978-3-525-37023-0. (€ 59,95.)

Pommern gehört nicht zu den bevorzugten Untersuchungsgebieten deutschsprachiger sozialgeschichtlicher Forschung zum gesellschaftlichen Wandel im 19. Jh. Dies lässt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, dass ein Nachweis umfassender Strukturänderungen in Wirtschaft, Politik und Kultur für Pommern während dieses Zeitraums von vornherein als wenig aussichtsreich gelten konnte. Denn die Region wurde, abgesehen von der Großstadt Stettin, kaum von der Industrialisierung erfasst, ihre ländliche Wirtschaft blieb stark von Gutsbetrieben mit adligen Besitzern geprägt und die Bevölkerung wählte im Kaiserreich mehrheitlich konservativ. Auch der Umstand, dass ein Großteil des Quellenmaterials nur über Archive in Polen zugänglich ist, mag zur Randlage pommerscher Geschichte in der deutschsprachigen Forschung zum 19. Jh. beigetragen haben.

Umso erfreulicher ist es, dass Dirk Mellies sich in seiner Dissertationsschrift der Aufgabe gestellt hat, für einige gesellschaftliche Teilbereiche der Frage nach den Zeiträumen, dem Umfang und den Trägerschichten strukturellen Wandels in Pommern nachzugehen. Der Autor konzentriert sich dabei auf den Regierungsbezirk Stettin, der neben dem von der Gutswirtschaft geprägten Raum und einer Vielzahl kleiner Ackerbürgerstädte mit der Großstadt Stettin auch ein Entwicklungszentrum von überregionaler Bedeutung umfasst. Für dieses Untersuchungsgebiet werden nacheinander die Entwicklung des Schulwesens, der Ausbau der Infrastruktur und die Entfaltung von Öffentlichkeit sowie Vereinskultur zwischen 1815 und 1890 beschrieben. M. erörtert dabei die Veränderungen und ihre Protagonisten auf dem Lande, in den kleinen Städten und in der Großstadt Stettin jeweils in einzelnen Unterkapiteln. Die Arbeit stützt sich dabei auf umfangreiches Archivmaterial aus dem Staatsarchiv in Stettin (Archiwum Państwowe w Szczecinie), dem Geheimen Preußischen Staatsarchiv sowie dem Landesarchiv Greifswald und verweist wiederholt auch auf Ergebnisse der polnischen Forschungen zur Untersuchungsregion. Die Angabe polnischsprachiger Publikationen im Literaturverzeichnis hätte allerdings ein gründlicheres Lektorat verdient.

Das Fragezeichen im Buchtitel lässt angesichts der in den letzten Jahren zunehmenden Kritik an modernisierungstheoretischen Vorannahmen historischer Forschung zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit dem Modernisierungskonzept am Beispiel der Untersuchungsregion vermuten und damit auch Fragen nach alternativen Erklärungsmodellen und Narrativen. Aber die neueren Diskussionen werden nur erwähnt, ohne dass konzeptionelle Konsequenzen gezogen würden. Die Frage im Titel bezieht sich letztlich nur darauf, ob sich in Pommern bis zu den 1880er Jahren überhaupt etwas in Richtung „Moderne“ verändert habe, und die Antwort lautet für alle drei Untersuchungsbereiche: ja, aber nur partiell. Mit „partieller Modernisierung“ ist dabei nicht im Sinne der Sonderwegsdebatte, von der M. sich abgrenzt, eine Beschränkung der Modernisierung auf die Wirtschaft unter Ausklammerung des Politischen gemeint, sondern die Unvollständigkeit des Prozesses, die sich in „Rückständigkeit“ gegenüber den westlichen Provinzen Preußens, an den fortbestehenden Stadt-Land-Unterschieden und an der konservativen Intention eines Großteils der Trägerschichten von Modernisierungsprozessen gezeigt habe. Deutlich tritt hier die Ausrichtung der Untersuchung an der Vorstellung eines Endziels der „Moderne“ hervor, das sich zunächst im Westen abgezeichnet habe, während sich im sowieso schon „rückständigen“ Osten erst mit Verspätung und durch rückwärtsgewandte soziale Gruppen wie den Adel gebremst ähnliche Entwicklungen abgezeichnet hätten. Für eine kritische Auseinan-

dersetzung mit dem Modernisierungsparadigma bleibt dabei ebenso wenig Raum wie für die Herausarbeitung eigenständiger Entwicklungswege der Untersuchungsregion.

Die teleologische Sicht schlägt sich deutlich in Kapitelüberschriften wie „Hebung des Schulwesens“ und „Entfaltung der Zivilgesellschaft“ (zu der – etwas überraschend – auch Konviktikelbildung, Hungerunruhen und Wahlbeteiligung gezählt werden) nieder. Entgegen der modernisierungstheoretisch inspirierten und auf den langfristigen Wandel fokussierten Argumentation des Autors sprechen die einzelnen von ihm vorgelegten Untersuchungsergebnisse aber eher dafür, das Einsetzen eigendynamischer Veränderungen in den untersuchten Feldern erst im letzten Drittel des 19. Jh. und damit am Ende des hier gewählten Untersuchungszeitraums zu verorten. Erst ab diesem Zeitpunkt lassen seine Befunde tatsächlich ein signifikantes Absinken der Analphabetenquote und ein Auftreten der Lehrerschaft als eigenständiger Akteur erkennen. Auch von einem stark wachsenden zivilgesellschaftlichen Engagement im engeren Sinne, das sich in einer breitgefächerten Vereinskultur niederschlug, kann erst ab diesem Zeitraum wirklich gesprochen werden, ebenso wie von einer Erschließung der ländlichen Regionen durch Straßen- und Kleinbahnbau. Diese späten Entwicklungen werfen aber gerade vor dem Hintergrund der in der Forschung intensiv geführten Debatten zu den Entwicklungspotenzialen, -perspektiven und -narrativen in anderen als „rückständig“ geltenden Regionen des östlichen Europas einige Fragen auf: etwa danach, ob die Entwicklungen der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums adäquat erfasst werden, wenn sie als Vorgeschichte für eine erst später deutlich erkennbare Dynamik der Veränderungen interpretiert werden, und danach, welche Auswirkungen der Zeitpunkt, zu dem der beobachtete stark beschleunigte Wandel einsetzte, auf dessen Richtung, Perspektiven und Deutungen hatte. Die Erläuterung der Bemühungen verschiedener Akteure seit der Reformzeit und der von ihnen als defizitär wahrgenommenen Strukturbedingungen gibt auf solche Fragen nur sehr eingeschränkt Antworten.

Die im Detail äußerst interessanten Beobachtungen von M. verdichten sich so nicht zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit der Komplexität und den Paradoxien gesellschaftlichen Wandels, zumal die getrennte Darstellung von Land, Kleinstädten und Stettin einer Erörterung größerer Zusammenhänge und einem Einblick in die grundsätzliche Ausrichtung zeitgenössischer Programmatiken nicht förderlich ist. Bei allen konzeptionellen Bedenken bleibt aber dennoch festzuhalten, dass es M. gelungen ist, eine Vielzahl von interessanten Informationen zu gesellschaftlichen Entwicklungen des 19. Jh. in einer von der deutschsprachigen Forschung bisher eher vernachlässigten Region zusammenzutragen.

Halle

Karsten Holste

Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts. Bd. 10. Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administrations in East-Central Europe. Hrsg. von Hanna Kozłowska-Witt und Marcos Silber. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2011. 529 S., graph. Darst. ISBN 978-3-525-36937-1. (€ 71,95.)

Diese Rezension widmet sich einem der Schwerpunkte des zehnten Bandes des *Jahrbuchs des Simon-Dubnow-Instituts*. Auf rund zweihundert Seiten (S. 113-306) sind neun Beiträge einer im Mai 2009 in Leipzig veranstalteten Konferenz versammelt, die den jüdischen Anteil an der Lokalpolitik in Ostmitteleuropa zum Thema hatte. Für alle Forscherinnen und Forscher, die sich mit Stadtgeschichte beschäftigen, sind diese Beiträge wertvoll, da sie die Rolle von Juden im politischen Diskurs des östlichen Europas beleuchten. Im Gegensatz zu Westeuropa, wo der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion auf der bürgerrechtlichen Integration aller Stadtbürger lag, zirkulierte man in Osteuropa viel stärker um die ethno-konfessionelle Dimension der Einbindung von Juden.

Zwar sind die meisten Beiträge für sich genommen sehr wertvoll, dennoch leidet dieser Stadtgeschichteschwerpunkt an den typischen Problemen von Sammelbänden. Die Breite der Themen reicht von der aktiven Beteiligung von jüdischen Abgeordneten an der Lokalpolitik über Analysen zur Berücksichtigung von Juden im Wahlrecht bis zum Kampf ge-